

Bausteine für Klimagerechtigkeit

Energiepreise: Transformative Wege aus der Krise

Transformativ.

Solidarisch.

Machbar.

Jetzt die Transformation voranbringen, statt sie zu verzögern!

Anstelle neuer fossiler Energieprojekte braucht es in der Energiekrise eine Energie-Grundversorgung für alle: Progressive Tarife mit Preisdeckel für den Grundbedarf, Umverteilung von Profiten, gezielte Drosselungen und Umbau von industrieller Produktion und Investitionen in die Wärmewende.



Inhalt

Auf einen Blick	1
Energiekrise: Zwischen Winterplänen und Transformation	2
Was es für den Winter braucht	3
Die Transformation einleiten	6
Transformation braucht Sicherheit	7
Box: Soziale & klimagerechte Energietarife	8
Bündnisse bauen	9
Mythen & Missverständnisse	10
Verweise & Weiterlesen	11
Über das Projekt	12
Danksagung	12
Impressum	13

Auf einen Blick

- Die aktuelle Energiekrise zeigt: Statt der bisherigen ungerechten und nicht nachhaltigen Energiepreissysteme braucht es ein **Recht auf eine Energie-Grundversorgung**. Mittels progressiver Energietarife, die in der Energie-wende Sicherheit für alle schaffen und gleichzeitig unangemessen hohen Verbrauch beschränken, ist dies umsetzbar.
- Ein per Preisdeckel vergünstigter Energie-Grundbedarf, Umverteilung der Profite und Mehrkosten durch Steuern und Transferleistungen, das Verbot von Strom- und Gasabschaltungen sowie gezielte Drosselungen von nicht lebensnotwendiger Industrieproduktion können **kurzfristig gegen Energiearmut im Winter** helfen. Die Bundesregierung muss Transparenz über industrielle Verbrauchsdaten schaffen, um eine demokratische Debatte über Drosselungen zu ermöglichen.
- In der Hektik der Krise müssen **fossile Schnellschüsse verhindert** werden. Dazu zählen Gaslieferverträge über 20 Jahre, neue LNG-Terminals oder neue Gas- und Ölbohrungen im Wattenmeer, die kurzfristig nicht helfen, aber langfristig die Wärmewende blockieren könnten. Diese Investitions-mittel sollten stattdessen in erneuerbare Energien und die Wärmewende fließen. So kann der Gasbedarf gesenkt werden, noch ehe die – somit end-gültig überflüssigen – fossilen Projekte lieferbereit sind.
- Nur eine **tiefgehende Transformation** kann nachhaltig Krisen bekämp-fen. Wichtige Bausteine sind die demokratische Vergesellschaftung von Energieversorgung und Wohnraum, gezielter industrieller Rückbau mit Arbeitszeitverkürzung und eine Ernährungswende.

Energiekrise: Zwischen Winterplänen und Transformation

Die Verteilung und Bepreisung von Energie sind schon lange ungerecht und wenig nachhaltig. Energieintensive Industrien erhalten Vergünstigungen, und auch Haushalte mit höherem Verbrauch werden durch Tarifmodelle mit Grundpreis bevorzugt. In der aktuellen Krise wächst bei vielen Menschen berechtigterweise die Angst vor einem kalten Winter. Die Bundesregierung reagiert bisher kaum mit Entlastungen, setzt aber dafür auf viele falsche, nicht-nachhaltige Lösungen wie neue Erdgasimporte und Ölbohrungen. Über die neue Gasumlage sollen sogar noch mehr Krisenkosten auf die Verbraucher*innen abgewälzt werden. Gleichzeitig schlagen große Teile der fossilen Energiebranchen aus der angespannten Marktlage Riesenprofite und dürfen diese auch noch behalten, dank der Weigerung der Regierung eine Übergewinnsteuer einzuführen. Auch Laufzeitverlängerungen für Kohle- und Atomkraftwerke werden aus verschiedenen Ecken beharrlich in die Debatte gebracht. Klimafragen stehen mitten im Hitzesommer 2022 wieder einmal hinten an.

In dieser Krise des fossilen Kapitalismus brauchen wir kurz- und langfristige Maßnahmen, die sich nicht gegenseitig widersprechen, sondern aufeinander aufbauen. Das **längerfristige Ziel** ist das **Recht auf eine Grundversorgung mit Energie** in einem klima- und sozial gerechten Energiepreissystem, das allen Sicherheit für ihren Grundbedarf verspricht und Verschwendung vermeidet. Dieses muss eingebettet sein in eine umfassende sozial-ökologische Transformation. **Kurzfristig** geht es darum, den **nächsten Winter** zu überstehen, **ohne dass Menschen zum Frieren gezwungen werden und ohne neue** – von Panik getriebene – langfristig bindende **Investitionen in fossile Brennstoffe**. Dabei können kurzfristige Maßnahmen ein Einstieg sein, um sowohl überproportional großen Verbrauch einzuschränken als auch gleichzeitig die Energie-Grundversorgung für alle zu verwirklichen. Es sind nicht die Armen und die ohnehin schon Sparsamen, die als Erste noch stärker Energie sparen sollten.



Was es für den Winter braucht

- Ein **Preisdeckel für den Energie-Grundbedarf** (Strom und Heizung) ist notwendig, um Energiearmut¹ zu verhindern und sicherzustellen, dass niemand frieren muss. Das wäre ein Einstieg in ein progressives Tarifsyst \ddot{u} m (siehe BOX auf Seite 8). Eine Strompreisbremse nach diesem Prinzip wurde von der \ddot{u} sterreichischen Regierung f \ddot{u} r den Herbst 2022 bereits angek \ddot{u} ndigt, allerdings bislang ohne Details.² Ein Preisdeckel f \ddot{u} r Strom und Gas wird mittlerweile z.B. auch vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) gefordert.³

Umsetzung

Einen Preisdeckel im Sinne einer finanziellen Unterst \ddot{u} tzung f \ddot{u} r den Energie-Grundbedarf von Haushalten kann die Bundesregierung kurzfristig umsetzen. Grundlage ist das Energiesicherungsgesetz, das im Krisenfall Ma \ddot{u} nahmen zur „Deckung des lebenswichtigen Bedarfs an Energie“ erlaubt.⁴ Einen ersten konkreten Vorschlag dazu f \ddot{u} r Gas haben Sebastian Dullien und Isabella M. Weber formuliert.⁵ Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ist allerdings dagegen.⁶ F \ddot{u} r eine m \ddot{o} glichst schnelle Umsetzung w \ddot{a} ren auch einfachere Berechnungsmechanismen f \ddot{u} r den Grundbedarf denkbar als die, die wir l \ddot{a} ngerfristig f \ddot{u} r ein progressives Tarifsyst \ddot{u} m (siehe BOX auf Seite 8) vorschlagen. L \ddot{a} ngerfristig k \ddot{o} nn \ddot{u} te ein Deckel z.B. im Strombereich zu EU-rechtlichen Problemen (Elektrizit \ddot{a} t \ddot{a} tsbinnenmarktrichtlinie) f \ddot{u} hren. Hier besteht auch Reformbedarf in der EU, deren Beharren auf Marktl \ddot{o} sungen transformativen Ans \ddot{a} tzen im Weg steht. F \ddot{u} r direkte Preiskontrollen, die nicht \ddot{u} ber staatliche Subventionen funktionieren, m \ddot{u} sste zudem das deutsche Energiewirtschaftsgesetz ge \ddot{a} ndert werden, das zumindest f \ddot{u} r den Strommarkt explizit Preisbeschr \ddot{a} nkungen im Gro \ddot{h} handel verbietet.⁷ Auch auf Landesebene k \ddot{o} nnen erg \ddot{a} nzende Entlastungsmechanismen f \ddot{u} r Haushalte mit niedrigen Einkommen eingef \ddot{u} hrt werden. Das Berliner Abgeordnetenhaus etwa hat daf \ddot{u} r im Fr \ddot{u} hsommer 2022 Mittel f \ddot{u} r einen H \ddot{a} rtefallfonds verabschiedet.⁸

- Die **explodierenden Profite fossiler Konzerne** m \ddot{u} ssen schnell umverteilt werden, beispielsweise \ddot{u} ber eine \ddot{U} bergewinnsteuer. Auch das kann zur Finanzierung des Preisdeckels beitragen.

Umsetzung

Die Umverteilung von Profiten kann die Bundesregierung \ddot{u} ber verschiedene Steuer- und Abgabemechanismen regeln. Die 2022 viel diskutierte \ddot{U} bergewinnsteuer beispielsweise w \ddot{a} re laut eines Gutachtens des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags als kurzfristige L \ddot{o} sung rechtlich umsetzbar.⁹ Sie w \ddot{u} rd \ddot{u} e zumindest Teile der Extraprofite umverteilen, die viele Energiekonzerne dank steigender Marktpreise einfahren, ohne selbst im vergleichbaren Ma \ddot{u} von h \ddot{o} heren Beschaffungskosten betroffen zu sein. \dd{A} hnliche Ma \ddot{u} nahmen wurden bereits durch das Vereinigte K \ddot{o} nigreich und diverse EU-Staaten wie Italien, Spanien oder Griechenland umgesetzt oder angek \ddot{u} ndigt. Das k \ddot{o} nn \ddot{u} te in Deutschland nach einer aktuellen Studie je nach Steuersatz alleine im Energiesektor rund 30–100 Milliarden Euro im Jahr einbringen.¹⁰ L \ddot{a} ngerfristige steuerpolitische Vorschl \ddot{a} ge bieten wir in unserem Ende 2022 erscheinenden [Dossier zur „Sozial- \$\ddot{o}\$ kologischen Steuerreform“](#).

- Auch f \ddot{u} r die spezifischen **Kosten der Gaskrise** braucht es solidarische L \ddot{o} sungen. Dazu ist weder die Gasumlage (alle Gaskund*innen zahlen) noch die pauschale Absenkung der Mehrwertsteuer auf Gas (belastet den \ddot{o} ffentlichen Haushalt, kommt vor allem energieintensiven Unternehmen zugute) geeignet. Gezielte sozialpolitische Ma \ddot{u} nahmen – wie die **Erh \ddot{o} hung der Regels \ddot{a} tze f \ddot{u} r Transferempf \ddot{a} nger*innen** – sind notwendig.

Umsetzung

M \ddot{o} glich w \ddot{a} re neben einer Umverteilung \ddot{u} ber die \ddot{U} bergewinnsteuer auch eine st \ddot{a} rkere Beteiligung der betroffenen Gasanbieter an steigenden Beschaffungskosten.¹¹ Die Bundesregierung will die Firmen dagegen nun per Gasumlage im Umfang von bis zu 90% entlasten. Dabei sind es sogar vorwiegend Unternehmen mit hervorragender wirtschaftlicher Situation, die Anspr \ddot{u} che auf die Gasumlage geltend machen – obwohl viele von ihnen insgesamt von den hohen Energiepreisen profitieren.¹² Zudem g \ddot{a} be es auch im Rahmen der Gasumlage zumindest die M \ddot{o} glichkeit einer Progression, die einen Grundbedarf f \ddot{u} r jeden Haushalt von der Umlage ausnimmt. Die Regels \ddot{a} tze f \ddot{u} r Transferempf \ddot{a} nger*innen m \ddot{u} ssen angepasst werden, um nicht nur den direkten Effekt der steigenden Energiekosten, sondern auch den indirekten Effekt (allgemeine Preissteigerungen f \ddot{u} r Lebensmittel) auszugleichen.

→ **Strom- und Gasabschaltungen** bei Haushalten, die ihre Rechnungen nicht pünktlich bezahlen können, müssen im Sinne eines **Rechts auf Energie-Grundversorgung verhindert werden**. 2019 gab es in Deutschland fast 300.000 Stromsperrungen und 30.000 Gassperrungen.¹³ Infolge der aktuellen Preisexplosionen könnten diese Zahlen deutlich steigen. Die Aufhebung der Sperren ist mit Zusatzkosten verbunden und bildet so eine weitere Hürde und Belastung für die betroffenen Haushalte.

Umsetzung

Das Verbot von Strom- und Gasabschaltungen müsste auf Bundesebene geregelt werden und einhergehen mit geeigneten Entschuldungskonzepten. Für kommunale Anbieter könnte beides auch direkt von den Kommunen beschlossen werden. Im ersten Corona-Jahr 2020 sank die Zahl der Sperrungen in Deutschland bereits deutlich, als pandemiebedingt zeitweise ein Leistungsverweigerungsrecht galt.¹⁴

→ Gas-Engpässe können mit **gezielten Drosselungen der nicht lebensnotwendigen industriellen Produktion** überbrückt werden. Das betrifft auch industriellen Stromverbrauch. Die Folgen für die Beschäftigten müssen über Kurzarbeitsregelungen aufgefangen werden.

Umsetzung

Die Bundesregierung kann den Energieverbrauch rationieren. Als regelnde Instanz ist hierfür die Bundesnetzagentur vorgesehen, die nach politisch vorgegebenen Kriterien entscheiden müsste.¹⁵ Grobe Entscheidungskriterien sind für Erdgas im Notfallplan Gas festgehalten, der in seiner bisherigen Fassung im Falle von Engpässen Haushaltskund*innen und grundlegende soziale Einrichtungen als „geschützte Kunden“ priorisiert.¹⁶ Darüber hinaus gibt es für die Industrie aber keine detaillierte Abschaltreihenfolge. Diese will die Bundesnetzagentur kurzfristig in Einzelfallentscheidungen festlegen, die vorwiegend wirtschaftlichen Kriterien folgen.¹⁷ Verkompliziert werden diese Entscheidungen auch durch die infrastrukturelle Verknüpfung verschiedener Betriebe in Industrieparks. Derzeit ist eine Überarbeitung des zuletzt 2019 aktualisierten Notfallplans in der Diskussion, bei der allerdings Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck den gegenteiligen Gedanken in den Raum gestellt hat, nämlich Industriebetriebe gegenüber Haushalten stärker zu bevorzugen.¹⁸ Auch aus der Wirtschaft werden entsprechende Forderungen laut.¹⁹ Die politische Verantwortung liegt beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK). Die EU mischt zwar auch mit einem Gas-Notfallplan mit, nach dem auch Haushalte geschützt werden sollen – dieser Plan ist aber nicht verbindlich. Verpflichtende Maßnahmen kann die EU in diesem Winter nur erlassen, wenn die Mehrheit der Mitgliedsländer zustimmt. Das scheint bisher unwahrscheinlich. Es braucht also politischen Druck, um Haushalte weiterhin zu schützen und stattdessen gezielte Drosselungen von nicht essentieller industrieller Produktion durchzusetzen.

→ Dafür braucht es eine **transparente demokratische Debatte**: Wie viel Gas fließt in welche Produkte? Wie viel wird benötigt für lebenswichtige Medikamente und wie viel steckt in Dingen, die (vor allem kurzfristig) weniger wichtig sind – oder sogar schädlich wie SUVs und Waffen? Welche Produkte der gasintensiven Chemieindustrie sind verzichtbar? Welche Industrie hat welche Priorität? Die entsprechenden Daten werden derzeit im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums gesammelt. Sie müssen umgehend öffentlich zugänglich gemacht werden.

Umsetzung

Die Bundesnetzagentur sammelt derzeit Daten, um sich einen Überblick über die Gasflüsse in der Wirtschaft zu verschaffen.²⁰ Sie sollte zur Transparenz verpflichtet werden, damit die Entscheidungen demokratisch diskutiert werden können. Verantwortlich ist wiederum das BMWK.

- **Globale Solidarität auch bei der Energiebeschaffung:** Der deutsche LNG-Einkaufsrausch darf nicht auf Kosten der Grundversorgung in ärmeren Ländern gehen.

Umsetzung

Die Bemühungen Deutschlands und anderer reicherer Länder um eine von Russland unabhängige Gasversorgung sorgen derzeit dafür, dass ärmere Länder ihren Grundbedarf an Gas nicht mehr decken können. In diesen Ländern sind lebenswichtige Versorgungsinfrastrukturen betroffen.²¹ Hier kommt es auf die Zivilgesellschaft an, eine solidarische internationale Koordination einzufordern, damit Gas nicht nur nach Kaufkraft und geopolitischer Macht verteilt wird.

- **Öffentliche Energiekostensubventionen** an Unternehmen müssen an Umbaumaßnahmen gekoppelt werden, die den zukünftigen Energiebedarf senken, sowie an wirtschaftliche Bedingungen wie den Verzicht auf Dividendenausschüttungen und Boni.

Umsetzung

Auch hierfür liegt die Verantwortung zunächst beim BMWK, wobei auch das Bundesfinanzministerium mitsprechen würde. Der neue Arbeitsplan Energieeffizienz des BMWK²² etwa soll industriepolitische Weichen stellen, wurde aber als viel zu zögerlich und unverbindlich gerade gegenüber der Industrie kritisiert.²³ Das Energiesicherungspaket des BMWK vom Juli 2022 deutet erste Schritte in diese Richtung an: Unternehmen, die bestimmte Vergünstigungen in Anspruch nehmen, sollen zur Umsetzung wirtschaftlich sinnvoller Energiesparmaßnahmen verpflichtet werden.²⁴ Die Ausgestaltung und Verbindlichkeit dieser Regelungen sind aber bislang unklar. Hier müsste noch mehr Druck aufgebaut werden – erst recht im Hinblick auf verteilungspolitische Kriterien.

- **Fossile Schnellschüsse verhindern:** Für neue LNG-Terminals werden aktuell Lieferverträge über 20 Jahre verhandelt, durch die fatale Auswirkungen auf die Energie- und Wärmewende in Deutschland drohen. Schnell sollen auch Genehmigungen für die Förderung verschiedener Gas- und Ölvorkommen in Deutschland her: Öl im Nationalpark Wattenmeer²⁵, Gas vor der niedersächsischen Nordseeküste.²⁶ Sogar Fracking wurde wieder in die Debatte gebracht.²⁷ Hier werden alte – lange aus Klima- und Naturschutzgründen nicht durchsetzbare Pläne – wieder aus der Schublade gezogen. Solche langfristigen fossilen Projekte, die erst in Jahren Energie liefern können und in diesem Winter nicht helfen werden, bedeuten einen dramatischen energie-, klima- und umweltpolitischen Rückschritt.

Umsetzung

Für den LNG-Ausbau hat der Bundestag mit dem LNG-Beschleunigungsgesetz bereits die Grundlage geschaffen. Lieferverträge werden aber weiter zwischen privaten Firmen unter Einbeziehung des BMWK ausgehandelt (siehe MYTHEN & MISSVERSTÄNDNISSE). Die Genehmigung von Gas- und Ölförderungen ist Ländersache. Zuständig sind die jeweiligen Bergbaubehörden. Hier müsste also Druck auf die Landesregierungen ausgeübt werden. In Schleswig-Holstein unterstützen die Grünen in der neu gewählten schwarz-grünen Regierung die ausgeweitete Förderung, wollen dafür aber insgesamt ein früheres Ende der Ölförderung erreichen. In Niedersachsen wollte die rot-schwarze Landesregierung noch im Winter Gas- und Ölbohrungen im Wattenmeer verbieten²⁸ und vollzog erst nach Kriegsbeginn eine Kehrtwende.²⁹ Im Oktober stehen dort Landtagswahlen an.

- **Das 9-Euro-Ticket muss verlängert werden.** Es schafft reale Entlastung, dämpft bereits jetzt spürbar die Inflation³⁰, ist populär und weist verkehrspolitisch in die richtige Richtung. Natürlich muss der vergünstigte Nahverkehr mit einem Ausbau der Kapazitäten und der Versorgung insbesondere im ländlichen Raum einhergehen. Dafür ist jetzt der perfekte Zeitpunkt: Das Angebot darf nicht als Eintagsfliege enden, sondern muss der Einstieg in die Verkehrswende werden.

Umsetzung

Politisch ist das vor allem eine Frage der Finanzierung, welche der Bundesfinanzminister blockiert.³¹ Für die Weiterführung setzt sich u.a. die Kampagne „9 Euro Ticket weiterfahren“ ein.³²

Die Transformation einleiten

- **Soziale und klimagerechte Energietarife** (siehe BOX auf Seite 8) für Haushalte könnten eine Energie-Grundversorgung gewährleisten: Ähnlich wie beim kurzfristigen Energiepreisdeckel wird dauerhaft ein Grundbedarf an Energie günstig zur Verfügung gestellt, Zusatz- bzw. Luxusverbrauch dagegen wird zunehmend verteuert.

Umsetzung

Dabei würde statt einer staatlichen Subvention stärker auf eine Querfinanzierung gesetzt, bei dem Vielverbraucher*innen den günstigen Grundbedarf für alle mitfinanzieren. Progressive Energietarife für Haushalte stoßen allerdings auf EU-rechtliche Hürden. Unmittelbar umsetzbar wäre aber zumindest eine progressive Ausgestaltung von Energiesteuern inkl. der Stromsteuer, die der Bundestag beschließen könnte. Mehr dazu in unserem

→ [Hintergrundpapier „Soziale und klimagerechte Energietarife“](#).

- Die **Vergesellschaftung von Wohnraum** und dessen gerechte und an Suffizienz orientierte Vergabe ermöglichen eine gleichmäßige Verteilung des Energiebedarfs und erleichtern die systematische, sozial gerechte energetische Sanierung des Gebäudebestands.

Umsetzung

Kurzfristig könnte eine sozial gerechte Sanierung z.B. auch durch soziale Staffelungen gefördert werden: Durch eine Priorisierung der Sanierungsförderung im Bestand bei ärmeren Mieter*innen und/oder durch die Möglichkeit zur Durchsetzung von Mietabschlägen für Mieter*innen dort, wo Vermieter*innen sich nicht um energetische Sanierung und Heizsysteme auf Erneuerbaren-Basis bemühen. Suffizienz bedeutet: Genug Wohnfläche für alle, diese fair verteilt, aber eben nicht unnötig viel Fläche für Einzelne. Im Herbst 2022 erscheint dazu unser

→ [Dossier zu Vergesellschaftung und Wohnraumsuffizienz](#).

- Auch in der **Energieversorgung** ist **Vergesellschaftung** sinnvoll: Ohne Profitdruck könnten so ökologische Produktion und soziale Tarifsysteme demokratisch festgelegt werden.

Umsetzung

Zur Vergesellschaftung der Energieversorgung sind auf Bundes- wie auf Landesebene gesetzliche Maßnahmen nach Artikel 15 des Grundgesetzes denkbar.³³ Auch auf kommunaler Ebene ist eine (Re-)Kommunalisierung von Infrastrukturen möglich. Das wurde bereits mehrfach über direktdemokratische Abstimmungen versucht, wie etwa 2013 über den erfolgreichen Volksentscheid der Kampagne „Unser Hamburg – unser Netz“³⁴ und zeitgleich in Berlin durch den Berliner Energietisch. Beide beinhalten umfassende Ideen für soziale Maßnahmen und eine beschleunigte Energiewende.³⁵

- **Investitionen**, die jetzt in LNG-Terminals fließen – über die in fünf Jahren Gas importiert werden könnte – sollten in die Förderung energetischer Gebäudesanierung, in Wärmepumpen, grüne Fernwärme und den Ausbau erneuerbarer Energien fließen. So kann innerhalb von fünf Jahren der Gasbedarf effektiv und nachhaltig verringert werden, und die Terminals werden endgültig überflüssig.

Umsetzung

Investitionen in eine Wärmewende sind zuerst bundespolitische Aufgabe. Sie können auch auf Landes- und kommunaler Ebene vorangebracht werden, dort aber meist mit stärker begrenzten Mitteln. Insbesondere bei Fernwärme sind die Kommunen in der Verantwortung – auch regulatorisch.

- Das von der Bundesregierung vertretene deutsche Leitbild des industriellen Exportweltmeisters wird langfristig nicht mit globaler Klimagerechtigkeit vereinbar sein. Während bei kurzfristigen Drosselungen der Industrieproduktion Kurzarbeitsregelungen helfen, muss ein **nachhaltiger langfristiger industrieller Rückbau** mit grundsätzlicher Arbeitszeitverkürzung einhergehen.

Umsetzung

Arbeitszeitregelungen in einzelnen Branchen sind zunächst Sache der Tarifpartner*innen, also Gegenstand von Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberseite. Langfristig geht es jedoch um eine gesamtgesellschaftliche Umverteilung von Arbeit hin zum Standardmodell einer „kurzen Vollzeit“ und einer geschlechtergerechten Verteilung von Sorgearbeit. Dafür müsste ein geeigneter politischer Rahmen geschaffen werden – was nur im Zuge einer sehr tiefgehenden Transformation vorstellbar ist. Dazu mehr in unserem Anfang 2023 erscheinenden [Dossier zu Arbeitszeitverkürzung](#).

- Durch eine konsequente Wende zur **ökologischen Landwirtschaft** muss der Bedarf an erdgasbasierten synthetischen Düngemitteln dauerhaft auf Null sinken. Die Nahrungs- und Futtermittelindustrie beansprucht insgesamt über 10% des deutschen Gasverbrauchs.³⁶ Insbesondere ein **schneller Rückbau der Tierindustrie** könnte den Gasverbrauch senken: Auf die auch aus klimapolitischen und ethischen Gesichtspunkten hochproblematischen Milch- und Fleischindustrien entfällt ein Drittel dieser Menge.³⁷

Umsetzung

Die ökologische Agrarwende ist landes- und bundespolitische Angelegenheit. Sie wird durch die neu zu verhandelnde *Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)* der EU geprägt – leider erst wieder ab 2028. Die Agrarwende wird seit langem vor allem von Landwirt*innen von unten vorangetrieben. Eine drängende Maßnahme wäre, die Privatisierung von staatlichen Flächen für industrielle Landwirtschaft zu stoppen und Landwirt*innen Land nach Gemeinwohlkriterien zur Verfügung zu stellen. Das blockiert gerade das FDP-geführte Finanzministerium, wogegen zwei junge Landwirtinnen eine Petition gestartet haben.³⁸ Geeignete Schritte zum Rückbau der Tierindustrie haben das Bündnis *Gemeinsam gegen die Tierindustrie*³⁹ sowie ein Zusammenschluss aus NGOs⁴⁰ zusammengetragen.

Transformation braucht Sicherheit

Die genannten Maßnahmen können dazu beitragen, eine **Energie-Grundversorgung für alle** zu verwirklichen. Darüber hinaus können über solche Maßnahmen auch die weit verbreiteten Ängste vor Veränderung reduziert werden – Ängste, die derzeit oft **konsequenter Klimapolitik** im Weg stehen und die zu diesem Zweck immer wieder gezielt geschürt werden. So versuchen Industrie und bestimmte politische Lager derzeit erneut, langfristige Weichenstellungen für weitere fossile Energieförderung mit Verweis auf soziale Härten durchzusetzen, ohne aber Maßnahmen gegen diese sozialen Härten an sich zu unterstützen. Für eine Energiewende braucht es also auch ein glaubwürdiges Zeichen: Die Grundbedürfnisse werden auch in Zukunft erfüllt.

Die Energiepreise werden absehbar weiterhin stark schwanken, so lange fossile Energien verbraucht werden. Sie werden zunehmend einen gesellschaftlichen Konfliktpunkt bilden.⁴¹ Auch erneuerbare Energien werden nicht unbegrenzt verfügbar sein. Einen **suffizienten, sozial gerechten gesellschaftlichen Umgang mit Energie** zu erreichen, ist also zentrale Voraussetzung für eine ökologisch und sozial gerechte Zukunft.

Soziale & klimagerechte Energietarife

Ein soziales und klimagerechtes Preissystem verbindet zwei Ziele: Es soll **allen Menschen den Zugang zu notwendiger Energie ermöglichen** und gleichzeitig den **Energieverbrauch insgesamt senken**, indem Verbrauch und Kosten gerechter verteilt werden. Dafür schlagen wir **progressive Tarife** vor. Diese bieten jedem Haushalt günstig einen Grundbedarf an Strom und Heizenergie an. Der darüber hinausgehende Zusatzbedarf wird dann pro Einheit zunehmend deutlich teurer berechnet. Luxus-Energieverbrauch, der weit über dem üblichen Durchschnitt liegt, würde so pro Einheit deutlich mehr kosten als der Grundbedarf.

Beispiel*: Progressiver Stromtarif mit Sockelmenge

Zone	Verbrauchsmenge (relativ zum Ø für jeweiligen Haushaltstyp**)	Preis
1	bis 50%	frei
2	50-90%	55 ct/kWh
3	91-130%	85 ct/kWh
4	über 130%	120 ct/kWh

* zur Veranschaulichung – dies ist kein konkreter Umsetzungsvorschlag

** nach Personenzahl und energetischen Bedingungen (in Mietwohnungen) gestaffelt

*** Erwartbar ist natürlich vor allem bei den Haushalten 3 und 4 eine Reduzierung des Verbrauchs und dementsprechend auch der tatsächlich zu zahlenden Kosten.

Die stärkste Wirkung progressiver Tarife läge darin, durch den günstigen Grundbedarf **Energiearmut entgegenzuwirken** und allen Menschen Versorgungssicherheit zu gewähren. Natürlich tragen die progressiven Tarife auch dazu bei, den Luxuskonsum von Energie einzudämmen und **belohnen grundsätzlich das Energiesparen**. Mit Blick auf die Energiebedarfe verschiedener Haushaltsgruppen und gewerblicher Verbraucher*innen wird allerdings

Dabei sollen sowohl die Zahl der im Haushalt lebenden Personen als auch die energetischen Voraussetzungen berücksichtigt werden (z.B. Art der Warmwasserversorgung, Heizsysteme) – letzteres insbesondere in Mietwohnungen, da Mieter*innen nicht über die technische Ausstattung entscheiden können. Grundsätzlich müssen auch **besondere Bedürfnisse**, z.B. von Menschen mit körperlichen Einschränkungen, **berücksichtigt werden** – dies aber ggf. über **Kompensationen außerhalb des Tarifsystems**. In unserem Vorschlag würde für jeden Haushaltstyp (z.B. zwei Erwachsene, zwei Kinder in einer Mietwohnung mit elektrischer Warmwasseraufbereitung) ein Durchschnittsverbrauchswert ermittelt. Die Tarifzonen werden dann relativ zu diesem Durchschnittswert eingeteilt. In unserer Beispielrechnung werden 50% der Durchschnittsmenge kostenlos zur Verfügung gestellt.

Beispieleffekt für Haushalte

	Verbrauchsniveau (relativ zum Ø für Haushaltstyp**)	Kostenveränderung gegenüber Juli 2022 ⁴² bei konstantem (!) Verbrauch***
Haushalt 1	80%	45% Einsparung
Haushalt 2	100%	18% Einsparung
Haushalt 3	130%	15% Zuzahlung
Haushalt 4	180%	73% Zuzahlung

klar, dass der Luxusverbrauch in Haushalten nicht der größte Treiber des gesellschaftlichen Energieverbrauchs ist. Insgesamt müssen größere Einsparungen auf anderen Wegen realisiert werden. Mehr zu **geeigneten Preismodellen und Umsetzungsmöglichkeiten** gibt es in unserem [Hintergrundpapier „Soziale und klimagerechte Energietarife“](#).

Bündnisse bauen

Viele der geforderten Veränderungen müsste formal die Bundesregierung beschließen. Die Umsetzung scheint insbesondere da wenig aussichtsreich, wo es um längerfristige transformative Maßnahmen geht. Die Ampel stand bereits vor dem Ukraine-Krieg bestenfalls für eine vorsichtige ökologische Modernisierung.⁴³ Druck „von der Straße“ wiederum erwarten viele für den Herbst derzeit eher in eine andere Richtung: als spontane Empörung über steigende Kosten, für die kurzfristige Lösungen gefordert werden – eine Einladung an die Politik, sich auf mehr fossile Subventionen und möglichst viele neue fossile Importe zu konzentrieren. Besonders aus dem rechten Spektrum dürften ökologische Ansätze eher als Preistreiber denn als Lösung dargestellt werden. Wer könnte also **Gegendruck erzeugen**?

Eine Gefahr in der aktuellen Krisensituation liegt darin, dass traditionelle, ansonsten um Zusammenarbeit bemühte sozialpolitische und ökologische Akteur*innen sich jeweils auf ihre Kernpositionen zurückziehen und so passiv gegeneinander arbeiten. Die einen positionieren sich nicht gegen neue fossile Investitionen, weil Verteilungskämpfe bei größerem Energieangebot aussichtsreicher scheinen, und die anderen reagieren skeptisch auf Preisentlastungen, weil diese den Energieverbrauch steigern könnten. Diese Pattsituation trägt dazu bei, dass öffentlich wahrnehmbarer Protest hauptsächlich von rechts kommt. Umso wichtiger also, eine **gemeinsame Grundlage für Bündnisse zu finden, die kurzfristige Maßnahmen mit einer langfristigen Perspektive verbinden**. Dazu möchten wir mit unseren Vorschlägen beitragen.

Diese Vorschläge könnten aus unserer Sicht **Sozialverbände, Verbraucher*innen-Organisationen und Mieter*innen-Bewegung mit Umweltverbänden und Klimagruppen** zusammenbringen. Auch Gewerkschaften haben, wie vom DGB geäußert, ein Interesse an Kostenentlastungen. Um dort Akzeptanz für vorübergehende Drosselungen der Industrieproduktion zu schaffen, bräuchte es entsprechende Regelungen für Kurzarbeit. Auch parteipolitisch ist dem Krisenmanagement der Ampelregierung – das nur in industriepolitischer Hinsicht langfristig ausgerichtet ist, aber nicht in sozial- und klimapolitischer Hinsicht – nur durch eine glaubwürdige transformative Haltung zu begegnen. Sprunghafte, widersprüchliche Forderungen sind kontraproduktiv.

Auch **EU-weit** wäre eine **stärkere Zusammenarbeit** zwischen den Bewegungen wichtig, da hier soziale Bewegungen gegenüber der Exekutive verhältnismäßig schwächer aufgestellt sind und gleichzeitig das EU-Recht den Rahmen für nationale politische Entscheidungen einschränkt. Sehr gute inhaltliche Vorschläge für einen sozial-ökologischen Umgang mit der Krise hat schon im März die *Right to Energy Coalition* vorgelegt, in der sich zivilgesellschaftliche Akteur*innen wie Umweltverbände, Gewerkschaften und Sozialverbände europaweit organisieren.⁴⁴

In der Praxis bleibt wirksame Bündnisbildung unter dem Zeitdruck einer akuten Krise eine riesige Herausforderung. Aber ein inhaltlicher Kompass, der über kurzfristige Maßnahmen hinausgeht, hilft auf diesem Weg. Und wie in diesem Dossier verdeutlicht, gibt es auf allen politischen Ebenen reichlich inhaltliche Schnittpunkte, an denen mit der Bündnisbildung begonnen werden kann. Niemand muss auf die ganz große, umfassende, perfekt abgestimmte Kampagne warten – **losgehen kann es überall**.

» Wir brauchen jetzt alle Energie, die wir bekommen können, um Energiearmut zu verhindern. «



Energiearmut ist zuallererst eine Frage der Verteilung – sowohl der Energie selbst als auch der Kosten. Für eine gerechte Verteilung braucht es gezielte Maßnahmen, wie von uns vorgeschlagen. Bei manchen der geplanten Projekte, wie den LNG-Terminals (s.u.), werden zudem hohe Kosten durch öffentliche Haushalte übernommen. Gleichzeitig bleiben Maßnahmen aus, um an der Krise verdienende Konzerne an den Kosten zu beteiligen.

» Der LNG-Ausbau ist notwendig um die nächsten Winter auch ohne russisches Gas zu überstehen. «



Nur die schwimmenden LNG-Terminals mit ihren relativ begrenzten Kapazitäten werden überhaupt in den nächsten ein bis zwei Jahren einsatzfähig sein. Für die festen Anlagen, in die gerade hauptsächlich investiert wird, wird mit Bauzeiten um die fünf Jahre gerechnet. Für diese werden Abnahmeverträge über 20 Jahre verhandelt. In einem mit US-amerikanischen Lieferanten unterzeichneten 20-Jahres-Vertrag soll das LNG aus Anlagen stammen, die sich noch in oder vor der Bauphase befinden – erst ab 2026 soll es losgehen.⁴⁵ In den Verhandlungen mit Katar stehen sogar Klauseln im Raum, die den Weiterverkauf des Gases in Europa verbieten würden.⁴⁶ Dort kam es auch wegen dieser von katarischer Seite präsentierten Forderungen bisher noch nicht zu einem Abschluss.⁴⁷ Dennoch schafft bereits das erste unterzeichnete Abkommen neue und dauerhafte fossile Abhängigkeiten, die den bis 2045 angekündigten deutschen Gasanstieg schwierig bis unmöglich machen könnten.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat längst Möglichkeiten skizziert, wegfallendes russisches Gas auch ohne neue LNG-Anlagen zu kompensieren.⁴⁸

» Billige Energiepreise fördern bloß Verschwendung. «



Die von uns vorgeschlagenen Mechanismen verbilligen nicht alle Energie, sondern beziehen sich gezielt nur auf festzulegende Grundbedarfe. Der darüber hinausgehende Verbrauch wäre teurer. So gibt es einen klaren Anreiz, Energieverschwendung zu vermeiden.

» Wir alle müssen jetzt sparen! «



Grundsätzlich ist ein sparsamer, aufs Nötige beschränkter Energieverbrauch zu Hause natürlich sinnvoll. Den sollen auch progressive Tarife (siehe BOX auf Seite 8) fördern. Viele Menschen haben dazu auch gute Möglichkeiten: z.Bsp. weil ihre Heizung höher eingestellt ist als nötig, sie wenig genutzte Räume in ihrer Wohnung haben oder den Zweitkühlschrank ruhig abschaffen können. Doch „wir“ sitzen eben nicht alle im selben Boot. Von einer Rentnerin mit geringer Rente in einer kleinen Wohnung kann schlecht dieselbe Einsparung verlangt werden wie von einem Villenbewohner mit vier Bädern. Die Spardebatte sollte vor allem nicht von dringend benötigten politischen Lösungen ablenken, die auch und gerade den öffentlichen und industriellen Verbrauch betreffen. Andernfalls kommt die zu Hause tapfer eingesparte Kilowattstunde eben nicht gezielt der Rentnerin zu Gute, sondern in großen Teilen der Jahresbilanz industrieller Großkonzerne.

Verweise & Weiterlesen

- 1 [Als energiearm gelten Haushalte, die bei niedrigem Einkommen mit überdurchschnittlich hohen Energiekosten konfrontiert sind. Siehe Statistik Austria/E-Control \(2019\). Siehe Energiearmut in Österreich, S. 17](#)
- 2 [Der Standard \(27.07.2022\) Bundesregierung kündigt Strompreisbremse ab Herbst an](#)
- 3 [Münchener Merkur \(03.07.2022\) Fahimi fordert drittes Entlastungspaket mit Energiepreisdeckel für Privathaushalte](#)
- 4 [§ 1 Energiesicherungsgesetz](#)
- 5 [Süddeutsche Zeitung \(12.02.2022\) Dullien, S. & I. Weber Der Staat muss den Gaspreis deckeln](#)
- 6 [tagesschau \(06.07.2022\) Habeck lehnt Gaspreisdeckel ab](#)
- 7 [§1a Energiewirtschaftsgesetz Für den Grundversorger in der jeweiligen Region darf das BMWK allerdings „Bestimmungen über Inhalt und Aufbau der Allgemeinen Preise treffen“ \(§ 39 Abs. 1\)](#)
- 8 [taz \(01.08.2022\) Kühn, T. Energiepreiskrise in Berlin: Unterstützen, deckeln und enteignen?](#)
- 9 [Der Spiegel \(31/2022\) Übergewinnsteuer wäre laut Gutachten auch in Deutschland möglich.](#)
- 10 [Rosa-Luxemburg-Stiftung \(2022\) Trautvetter, C. & D. Kern-Fehrenbach Kriegsgewinne besteuern. Ein Beitrag zur Debatte um Übergewinnsteuern.](#)
- 11 [s. Vorschlag in: Handelsverband Deutschland & Verbraucherzentrale Bundesverband \(28.06.2022\) Handel und Verbraucher:innen vor Energiepreisanstieg schützen.](#)
- 12 [Handelsblatt \(22.08.2022\) Witsch, K. & K. Stratmann Gasumlage: Uniper, RWE & Co. Diese elf Unternehmen wollen davon profitieren.](#)
- 13 [heise online \(16.09.2021\) Bundesnetzagentur: Anzahl der Stromsperrungen 2020 zurückgegangen.](#)
- 14 [heise online, s.o.](#)
- 15 [tagesschau \(27.07.2022\) Fehr, M. & C. Kretschmer Gasversorgung der Industrie: Wer ist systemrelevant – und wer nicht?](#)
- 16 [BMWK \(01.09.2019\) Notfallplan Gas für die Bundesrepublik Deutschland.](#)
- 17 [tagesschau \(30.03.2022\) Bückler, T. Drohende Gas-Krise: Keine konkrete Abschalt-Reihenfolge](#)
- 18 [Business Insider \(14.07.2022\) Notfallplan: Wem dreht der Staat zuerst den Gashahn zu?](#)
- 19 [Stern \(12.07.2022\) Chemiebranche fordert: Privathaushalte sollen zuerst auf Gas verzichten.](#)
- 20 [Bückler \(s. Fußnote 17\)](#)
- 21 [nd \(15.07.2022\) Kaufmann, S. »Europa saugt Gas aus der Welt«](#)
- 22 [BMWK \(17.05.2022\) Energiesparen für mehr Unabhängigkeit. Arbeitsplan Energieeffizienz.](#)
- 23 [Der Spiegel \(17.05.2022\) Götzte, S. Sparen bleibt die Ausnahme.](#)
- 24 [BMWK \(21.07.2022\) Energiesicherungspaket: Weitere Stärkung der Vorsorge.](#)
- 25 [nd \(26.05.2022\) Staude, J. Eine andauernde Störung](#)
- 26 [Hamburger Abendblatt \(08.07.2022\) Minister: Gasförderung in Nordsee soll Versorgung sichern.](#)
- 27 [tagesschau \(19.06.2022\) FDP stellt Frackingverbot infrage.](#)
- 28 [NDR \(13.12.2021\) Verbot von Erdgas- und Ölförderung im Wattenmeer rückt näher.](#)
- 29 [NDR \(08.03.2022\) Nun doch: Landesregierung erwägt Gasförderung in der Nordsee.](#)
- 30 [n-tv \(03.08.2022\) Studie: 9-Euro-Ticket drückt Inflation deutlich.](#)
- 31 [Berliner Zeitung \(23.07.2022\) Mehrheit für Nachfolge des 9-Euro-Tickets, Lindner sagt Nein.](#)
- 32 [9 Euro Ticket weiterfahren](#)
- 33 [Dort heißt es in Satz 1: „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.“](#)
- 34 [Unser Hamburg – unser Netz.](#)
- 35 [Berliner Energietisch.](#)
- 36 [fleischwirtschaft.de \(03.08.2022\) So viel Erdgas verbrauchen bestimmte Branchen.](#)
- 37 [n-tv \(13.07.2022\) Dittmer, D. Molkereien fürchten Gas-Stopp: „Nicht, dass ihr die Falschen rettet!“ fleischwirtschaft.de \(s.o.\)](#)
- 38 [Petition: „Lindners Vertragsbruch: Ausverkauf öffentlichen Eigentums stoppen!“](#)
- 39 [Gemeinsam gegen die Tierindustrie \(n.d.\) Unsere Forderungen.](#)
- 40 [ProVeg et al. \(2021\) 11 NGOs fordern von SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP: Reduzierung der Tierbestände und mehr Tierschutz in den Koalitionsvertrag.](#)
- 41 [Müller, T. \(21.04.2022\) Energiepreise are the new black – Teil 1.](#)
- 42 [Strompreisniveau Juli 2022 nach BDEW \(37,3 ct/kWh\). Wegfall der EEG-Umlage bereits eingerechnet.](#)
- 43 [Siehe unsere Analyse des Koalitionsvertrags: „Mit grüner Marktwirtschaft das Klima retten?“](#)
- 44 [Right to Energy Coalition \(02.03.2022\) Civil Society Response to the Gas Price Crisis.](#)
- 45 [tagesschau \(21.06.2022\) EnBW sichert sich US-Flüssigerdgas. Houston Chronicle \(21.06.2022\) Drane, A. Venture Global reaches 20-year deal with EnBW: Germany’s first for US LNG.](#)
- 46 [Reuters \(10.05.2022\) Rashad, M., A. Mills & C. Steitz. Germany, Qatar at odds over terms in talks on LNG supply deal.](#)
- 47 [Clean Energy Wire \(10.08.2022\) Wettengel, J. Still no LNG supply contracts between German and Qatari companies – media report.](#)
- 48 [Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung \(08.04.2022\) Holz, F. et al. Energieversorgung in Deutschland auch ohne Erdgas aus Russland gesichert.](#)

Letzter Zugriff auf alle Links:
am 24. August 2022

Über das Projekt

Dieses Dossier ist im Rahmen unseres Projektes

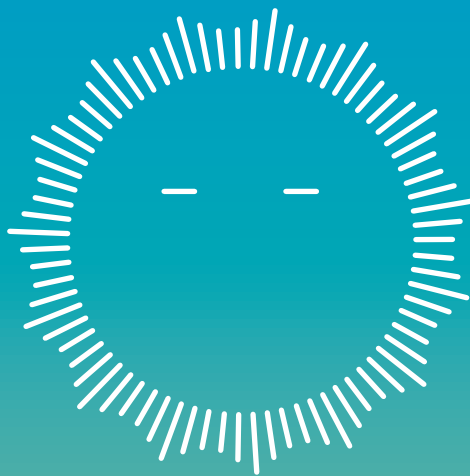
→ Bausteine für Klimagerechtigkeit –
Solidarisch. Transformativ. Machbar.
entstanden.

Mit dem Projekt entwickeln wir klimapolitisch wirksame Maßnahmen für den sozial-ökologischen Umbau in den nächsten 5-10 Jahren. Die Maßnahmen zielen auf strukturelle Veränderungen unseres wachstumbasierten, profitorientierten und globalisierten Wirtschaftssystems. Sie fokussieren auf gesellschaftliche statt technische Innovationen, für die Maßnahmen gibt es eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz und damit eine realistische Umsetzungsperspektive. Im Sinne einer revolutionären Realpolitik sind dies erste Schritte, auf die weitere folgen müssen, um eine gute Zukunft für Alle zu ermöglichen. Wie diese Zukunft aussehen könnte, haben wir bereits formuliert:

→ Utopie für das Jahr 2048

Danksagung

Wir bedanken uns für kollegiale Beratung, Unterstützung und Feedback bei Philipp Schulte (Rechtsanwalt), Mathias Krams (Universität Wien), Uwe Witt (Rosa-Luxemburg-Stiftung), Lisa Mittendrein und Iris Frey (attac Österreich), Johannes Thema und Benjamin Best (Wuppertal Institut), Leno Möller (Gas Exit), Lisa Kadel, Jana Bosse und Eric Häublein (BürgerBegehrenKlimaschutz), Irmela Colaço (BUND), Jakob Migenda (attac Deutschland), Gesine Langlotz (AbL Mitteldeutschland), Friederike Schmitz und Friedrich Kirsch (Gemeinsam gegen die Tierindustrie), Sebastian Kiefer (Büro MdB Kathrin Henneberger), Frauke Wiese (Universität Flensburg), Wiebke Schroeder (Paritätischer Gesamtverband) und Nick Holzberg (European Climate Foundation).



Impressum

Herausgegeben vom
Konzeptwerk Neue Ökonomie
Klingenstr. 22, 04229 Leipzig

www.konzeptwerk-neue-oekonomie.org

September 2022

Autor
Lasse Thiele

Lektorat
Eva Mahnke

Mitarbeit und Unterstützung
Matthias Schmelzer, Ruth Krohn, Kai Kuhnenn,
Nina Treu, Carolina Achilles

Gestaltung
Diana Neumerkel + Studio Oase

Illustration
Henriette Baur, 123comics.net

Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivatives 4.0 Lizenz (BY-NC-ND). Weitere Informationen: creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0



konzeptwerk
neue ökonomie

Wir arbeiten kritisch, konstruktiv & konsequent
für ein gutes Leben für Alle.

Euch gefällt, was wir machen?
Dann fördert unsere Arbeit:
www.knoe.org/foerdern

Dieses Dossier wird unterstützt durch:



Sanktionsfrei



Movement
Hub

